

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Rorsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Kogelapper

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 120

Bad Schandau, Dienstag, den 24. Mai 1927

71. Jahrgang

Abchluss der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 23. Mai. In der Nachmittags-Sitzung der Weltwirtschaftskonferenz wurde der Abrüstungsantrag des ersten schwedischen Delegierten Verne unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Der Antrag spricht die Hoffnung aus, daß die Bemühungen zur Herabsetzung der Rüstungen zu einem Erfolge führen mögen.

Der Delegierte Verne wies zur Begründung seines Antrages nach, daß die Militärausgaben aller Staaten der Welt mehr als 19 Milliarden Goldfranken und für Europa 12 Milliarden Goldfranken betragen. Trotzdem die Friedensverträge die militärische Organisation von vier großen europäischen Staaten wesentlich beschränkt hätten, sei doch die Gesamtsumme der Militärausgaben der europäischen Staaten gegenwärtig etwa die gleiche wie 1913. Die Prüfung der Zahlungsbilanzen ergebe, daß die jährlichen Militärausgaben Europas die Gesamtbeträge überstiegen, die in den Jahren 1923/26 von den Vereinigten Staaten in Anleihen in Europa investiert seien. Die Summe von 12 Milliarden Goldfranken sei ferner doppelt so hoch wie die gesamten auswärtigen Anleihen, die seit 1923 in Deutschland investiert worden seien.

Der sowjetrussische Delegierte Solonikow gab nach Annahme des Antrages Verne eine Erklärung ab, wonach die sowjetrussische Delegation bereits in den vorherigen Verhandlungen die völlige Aufhebung aller Rüstungen beantragt habe. Die Sowjetdelegation werde dennoch für den schwedischen Antrag stimmen, obwohl er lediglich ein Minimum auf dem Gebiete der Abrüstung darstelle. Die Sowjetdelegation könne sich jedoch keineswegs den Hoffnungen auf eine Durchführung des Abrüstungsproblems durch den Völkerbund anschließen. Der Leiter der sowjetrussischen Delegation Obolenski gab im weiteren Verlauf der Sitzung eine Erklärung über die grundsätzliche Einstellung der sowjetrussischen Delegation zur Weltwirtschaftskonferenz ab. Nach Auffassung der sowjetrussischen Delegierten hätte die Weltwirtschaftskonferenz zu einem erheblichen Erfolg führen können, wenn die Entschlüsse und die vorgeschlagenen praktischen Maßnahmen geeignet wären, zu einer neuen Epoche der Weltwirtschaft überzugehen und wenn die Vorschläge der sowjetrussischen Delegation angenommen worden wären. Die kapitalistischen Staaten hätten jedoch zur Lösung der Schwierigkeiten des Wirtschaftslebens andere Wege gesucht. Die Erfolge in der Richtung der Konsolidierung des gegenwärtigen kapitalistischen Systems seien jedoch zweifelhaft. In der Weltwirtschaftskonferenz sei die Grundlage des friedlichen Nebeneinanderbestehens der beiden völlig verschiedenen Wirtschaftssysteme entstanden. Darin liege einer der Erfolge der Weltwirtschaftskonferenz. Bei der Abstimmung über den Gesamtbericht werde sich die sowjetrussische Delegation der Stimme enthalten, weil sie in dem Bericht eine Reihe von Entschlüssen finde, die sie als richtig be-

zeichne. Die sowjetrussische Delegation könne sich jedoch den Anträgen nicht anschließen, die darauf hinzielten, die Organe des Völkerbundes mit der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu beauftragen.

Obolenski betonte weiter, daß die Sowjetregierung keineswegs die Absicht habe, dem Völkerbund beizutreten, da sie diesen nicht als ein Instrument des Friedens betrachten könne. Der Völkerbund stelle ein Instrument dar, das ausschließlich dem Interesse der herrschenden Großmächte diene und diesen erlaube, ihre Gewalttaten gegenüber den schwächeren Staaten zu decken.

Zum Schluß betonte der Redner, daß sich die sowjetrussische Delegation das Recht vorbehalte, andere Wege zu finden, um die Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse der Konferenz zu treffen.

Abchluss der Konferenz.

Genf, 23. Mai. Die Tagung der Weltwirtschaftskonferenz ist am Montag abend gegen 6,30 Uhr mit einer Schlussansprache des Präsidenten Theunis abgeschlossen worden.

In der Schlussitzung nahm die Weltwirtschaftskonferenz den Gesamtbericht an den Völkerbundrat einstimmig an. Der Gesamtbericht besteht aus dem Mantelbericht sowie den Berichten der drei Kommissionen für Handel, Industrie und Landwirtschaft, die ohne Änderungen angenommen wurden.

Ferner nahm die Konferenz einstimmig eine Entschliessung über die Durchführung der Konferenzbeschlüsse an, in der sie ohne direkte Vorschläge für die Schaffung einer neuen Organisation zu machen, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Zusammenfassung und die Arbeiten der vorbereitenden Wirtschaftskommission lenkt, die ausgezeichnete Vorarbeit für die Konferenz geleistet habe. Die Konferenz nahm ferner die am Sonntagabend von dem Koordinationskomitee ausgearbeitete Erklärung der sowjetrussischen Delegation an, der lediglich ein Satz zugefügt worden ist, der besagt, daß die Mitglieder der sowjetrussischen Delegation für eine Reihe von Entschlüssen gestimmt hätten. Die übrigen Entschlüsse hätten keinerlei Bezug auf Sowjetrußland.

Abreise der Delegation aus Genf.

Genf, 23. Mai. Nach dem Abschluss der Weltwirtschaftskonferenz verlassen zahlreiche Delegierte Genf bereits im Laufe des heutigen Abends. Die deutsche Delegation reist am Dienstag früh ab und wird am Mittwoch früh in Berlin eintreffen. Die Abreise der sowjetrussischen Delegation ist auf Mittwoch früh festgesetzt.

Für eilige Leser.

* Im Reichswirtschaftsministerium fanden gestern Ressortbesprechungen über den deutschjugoslawischen Handelsvertrag statt. Die Verhandlungen mit den jugoslawischen Vertretern sind um einige Tage verschoben worden.

* Wie der Verteidiger des Kriminalkommissars Ten Holtz Magdeburg mitteilt, ist gegen die Beurteilung Ten Holts im Disziplinarverfahren zur Verlegung in ein anderes gleichwertiges Amt Berufung eingelegt worden.

* Auf der diesjährigen Tagung des Evangelischen Bundes der Provinz Westfalen wurde eine Entschliessung gegen das Konkordat einstimmig angenommen.

* In Poppelau (Kreis Oppereln) entstand aus bisher unaufgeklärter Ursache ein Brand, der mit großer Geschwindigkeit um sich griff und 6 Gehöfte in Schutt und Asche legte. Der Sachschaden ist sehr groß.

* Aus Kiew wird gemeldet, daß es an der russisch-rumänischen Grenze wieder zu einem Zusammenstoß zwischen den Grenzwachern gekommen sei. Russischerseits seien zwei Tote zu verzeichnen. Die rumänischen Grenzbehörden hätten dieser Tage Verhaftungen von rumänischen Bürgern vorgenommen, die gegenwärtig die russisch-rumänische Grenze überschritten haben sollen.

Die panasiatische Bewegung.

Von F. Morfisch, Berlin.

Wir kennen nicht nur paneuropäische und panamerikanische, sondern auch panafrikanische und panasiatische Bewegungen, und von diesen hat gerade die panasiatische ein besonders eigenartiges Gesicht. Während die paneuropäischen und panamerikanischen Bewegungen mehr Ausgeburt eines klügelnden Geistes sind, liegen die Quellen der asiatischen Einheitsbestrebungen tief in den dumpfen Gründen der asiatischen Seele, die sich mit Macht gegen den fremden Einfluß wehrt. Hierin sind alle Völkern einig. Wir sehen zwar heute noch Japan auf Seiten der Fremdmächte gegen China stehen, wir vermögen aber bereits offenkundig zu beobachten, daß sich hier noch Unterströmungen regen, die einen Einfluß auf die wahrhaft innere Einstellung Japans zu China ausüben. „Asien den Asiaten“, rauft es durch die bunten Länder des riesigen Erdteils. Wenn Japan sich früher mit Macht beutegierig auf den wehrlosen Riesen China gestürzt hat, so tat es das nicht, um etwa nur in Konkurrenz mit Europäern und Amerikanern zu treten und möglichst viel für sich zu gewinnen. Die Japaner dachten hier politischer als die Europäer, für sie kam es vor allem darauf an, die Hegemonie in Asien für sich zu gewinnen. Japan wurde so zwar ein reiches Land, aber zur Hegemonie gelangte es vorläufig doch nicht, denn inzwischen erwachte der chinesische Riese und verurteilte Japan abzuwarten, zu beobachten und danach zu handeln.

Historisch betrachtet, sind im Gegensatz zu andern Alt-Erdteil-Bewegungen die panasiatischen und eurasiatischen Fragen in der Weltpolitik erst seit dem Weltkrieg in den Vordergrund getreten; aber gleich mit solcher Macht, daß sie mit einem Schlage die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zogen. Es waren nicht nur Rückwirkungen auf den schweren Schlag, den die vierundzwanzigjährige Geschichte durch die Niederwerfung der Boxerunruhen erlitten hatte, sondern auch auf die Handlungen Europas, das sich im Weltkrieg zersplitterte und nach seinem Abschluss das unterlegene Deutschland in unwürdiger Weise behandelte, dieses Deutschland, vor dem gerade der Chinese eine solche große Achtung gewonnen hatte. Mit Ausnahme des Inselreiches Japan besaß keine der asiatischen Mächte mehr das Recht der Selbstbestimmung; es sei denn, man erkörne es höchstens noch auf dem Festland dem von allen Seiten bedrohten Siam und den unzugänglichen Himalaya-Bergstaaten zu.

Die Bewegungen, die im Reiche der Mitte vor sich gehen, haben die Herzen der Jänder höher schlagen lassen und sie der Seele Chinas, der sie an sich so wenig verwandt sind, sich schicksalhaft als bisher verbunden fühlen lassen. Wenn auch die rücksichtslose Politik der Engländer so leicht keine große Bewegung in Indien auskommen läßt, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß sich England voll und ganz über die Möglichkeit klar ist und deswegen Indien fast hermetisch von jedem Fremdenverkehr abschließt. Aber auch in Vorderasien beginnt das Selbstbewußtsein der Völker zu erwachen, man erinnert sich der Schöpferkraft, der ruhmvollen Leistungen in der Geschichte der Menschheit und fordert das Recht, eine freie Völkerpersönlichkeit zu sein.

Während die paneuropäischen Bestrebungen mehr von Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung und dem Gleichgewicht politischer Kräfte getragen werden, sind die Vorhänger des Alt-Asien-Gedankens im ganzen Erdteil von einer glühenden politischen Dynamik erfüllt, in der sich polare Ideen wie die materialistischen Diesseitseinstellungen und ein idealistischer Drang nach Verwirklichung von Utopien wunderbar treffen. Hier müde Skeptis, dort zukunftsreichere Hoffnung. Sicherlich ist in die asiatische Bewegung manches in bewusster Zweckverfolgung, wie von den Sowjets, oder unbeabsichtigt durch zivilisierte Hochschulen, durch europäische Ideologen hineingetragen worden. Die Grundlage ist und bleibt aber die bodenständige Idee, und wir können heute bereits beobachten, wie z. B. die Chinesen alles daran setzen, um die sowjetrussischen Helfer bald wieder los zu werden. Während die paneuropäische Bewegung von Hause aus pazifistisch ist, kennt die asiatische nichts anderes als ihren Zweck.

Japan stellt sich gegenüber den panasiatischen Fragen naturgemäß sehr vorsichtig, da es noch immer auf die Führerrolle

Der Temps über die „Ansprüche Deutschlands“.

Paris, 24. Mai. Unter der Überschrift „Die Ansprüche Deutschlands“ beschäftigt sich der Temps in einem längeren Zeitungsartikel mit der Frage der Verringerung der Besatzungsarmee, der vorzeitigen Rheinlandräumung, der Feststellung der Zerstörung der Ostbesetzungen und den deutschen Ansprüchen auf Vertretung in der Völkerbundskommission für Kolonialmandate. Das Blatt meint, die deutsche Presse, die sich zur Wortführerin dieser Forderungen mache, könne sich kaum großer Illusionen über den Erfolg einer solchen Polemik hingeben.

Gegenüber den deutschen Pressestimmen zu dem Londoner Besuch Doumergues und Briands erklärt der Temps, in London habe sich keine Umkehr von der Locarno-Politik vollzogen; die Konsolidierung der Entente cordiale sei gegen keine Macht gerichtet. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge könne eine vorzeitige Rheinlandräumung kaum ins Auge gefaßt werden (!). Zu der Meldung der Times, daß die Botschafter Frankreichs, Englands und Italiens in Berlin wegen der deutschen Haltung in der Frage der Ostbesetzungen kürzlich Schritte unternommen hätten, erklärt der Temps, mitteilen zu können, daß eine Demarche dieses Charakters nicht stattgefunden habe. Es hätten lediglich Besprechungen über das Prinzip stattgefunden, daß man sich nicht mit der deutschen Zustimmung begnügen könne, die verlangten Zerstörungen an der Ostgrenze seien durchgeführt.

Schließlich nimmt das Blatt noch zu der Frage einer Vertretung Deutschlands in der Mandatskommission Stellung und erklärt, wenn man in Locarno auch anerkannt habe, Deutschland könne im Prinzip unter Umständen ein Kolonialmandat erhalten, so bedeute das noch nicht, daß man dem Reich auf jeden Fall gleich ein Mandat übertragen müsse (?). Es sei nicht die Rede davon gewesen, Deutschland eine ihm durch den Friedensvertrag entzogene Kolonie zurückzugeben (!). Sollten Mandate frei werden, so würde Italien bevorzugt werden.

Das Deutschlandlied im besetzten Gebiet.

Düren, 24. Mai. Am gestrigen letzten Tage der Dürener Verkehrs- und Werbewoche hat der französische Oberbefehlshaber

auf Antrag der Stadtverwaltung das Abhängen des Deutschlandliedes vor dem Rathaus gestattet. — Es ist wohl das erste Mal, daß im Bereiche der französischen Besatzungszone eine derartige Erlaubnis erteilt worden ist.

Deutsch-polnische Aufwertungsverhandlungen.

Berlin, 24. Mai. Im Auswärtigen Amt wurden am 20. Mai die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen über Fragen der Aufwertung und die damit zusammenhängenden Gebiete eröffnet. Auf deutscher Seite führte den Vorsitz Geheimrat Dr. Zschlin, auf polnischer Seite Dr. von Pradzynski. Die Arbeiten, die ein bedeutames Gebiet umfassen, wurden auf einige Kommissionen verteilt.

Nochmalige Anrufung des Haager Schiedsgerichtes?

Berlin, 24. Mai. Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, wird zurzeit im Reichsfinanzministerium erwogen, ob und in welcher Form die deutsche Regierung noch einmal das Haager Schiedsgericht für den Dawesvertrag in der Frage der Entschädigung des Reiches an die Reichsangehörigen wegen Einbehaltung, Liquidation oder Uebertragung der deutschen Rechte und Interessen anrufen soll. Das Haager Schiedsgericht hatte bekanntlich in seinem Spruch vom 29. Januar d. J. entschieden, daß auf die Jahreszahlungen nicht anzurechnen wären „die Entschädigungen, die das Deutsche Reich nach dem 1. September 1924 gezahlt hat oder zahlen wird“. Es bleibt demnach die Frage offen, ob die deutschen Liquidationszahlungen, die vor dem 1. September 1924, dem Tag des Inkrafttretens des Dawesvertrages, geleistet sind, angerechnet werden oder nicht; ob also Deutschland aus dieser Zeit noch Guthaben hat.

Byrd fliegt doch nach Paris?

Nach einer Meldung läßt Commander Byrd erklären, daß er auch nach dem Erfolg Lindberghs noch die Absicht habe, nach Paris zu fliegen. Ueber den Tag seines Abfluges ist noch nichts bekannt.